

im Senat, für die eine 2/3 Mehrheit benötigt wird, verspricht kein Spaziergang zu werden. Die Republikaner fordern als Preis eine weitere Erhöhung der Ausgaben für die Modernisierung der amerikanischen nuklearen Infrastruktur, um somit die Zuverlässigkeit der verbleibenden Atomsprenköpfe zu gewährleisten. Auch wird Obama deutlich versichern müssen, dass die US-Raketenabwehrpläne durch den Vertrag nicht tangiert werden. Schafft es Obama nicht, Neu-START noch vor den Kongresswahlen im November durch das Parlament zu bekommen, könnte es eng werden, denn danach wird die demokratische Mehrheit vermutlich geschwunden sein. Noch schwieriger dürfte die ebenfalls von Obama anvisierte Inkraftsetzung des nuklearen Teststoppabkommens werden. Dagegen ziehen die Republikaner noch rabiater zu Felde, fürchten sie doch, Amerika könnte dadurch die Option verlieren, falls nötig militärisch leistungsfähigere Atomwaffen zu bauen.

Ulrich Schreiterer

Bildungsstaat USA?

Seit den Anfängen der Vereinigten Staaten zählt Bildung zu den Eckpfeilern der Neuen Welt, die ihren Gründungsvätern vorschwebte und die im American Dream bis heute lebendig ist: Ein demokratisches, freiheitliches und offenes Gemeinwesen, in dem jedermann unabhängig von seiner Herkunft sein Glück suchen und zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen soll.

Ulrich Schreiterer

(* 1953) ist Soziologe und assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Im Campus-Verlag erschien 2008: *Traumfabrik Harvard. Warum amerikanische Hochschulen so anders sind.*
uli.schreiterer@wzb.eu



Bildung gilt als Investition in eine bessere Zukunft der einzelnen Menschen und der

Perspektiven

Der Visionär Obama scheut keineswegs die realpolitischen Mühen der Ebene. Die Abschaffung aller Atomwaffen, mindestens aber die Bewahrung und Stärkung des internationalen Regimes zur Verhinderung des Entstehens immer neuer Atomkräfte, finden sich ganz oben auf seiner Agenda. Dennoch sind auch diesem Präsidenten Grenzen gesetzt, national wie international. Bis zum Ende seiner Amtszeit wird die Frage immer mehr in den Vordergrund rücken, wie eine Atommacht Iran verhindert werden kann. Sollte dies nicht gelingen, muss zumindest ein atomarer Rüstungswettlauf in Nahost vermieden werden. All dies erfordert amerikanische Führungsstärke. Bei Erfolgen winken weitere Fortschritte auf dem Weg zur globalen Null. Bei Misserfolg droht der Zerfall der nuklearen Ordnung. Europa und Deutschland sollten den US-Präsidenten im eigenen Interesse bei seiner schwierigen Mission unterstützen.

ganzen Gesellschaft. Thomas Jefferson hielt sie gar für eine Bürgerpflicht. Bis zu einem Recht auf Bildung für alle war es indes ein langer Weg. Das gilt besonders für die Überwindung sozialer Schranken – weniger des Standes als vielmehr der Religionszugehörigkeit, des Geschlechts und der Rasse. Katholiken und Juden, Frauen und Schwarze kamen erst allmählich in den Genuss dieses Rechts, und noch immer gibt es massive Bildungsungleichheiten.

In der Ausweitung der formalen Bildung preschten die USA allen anderen Ländern voraus. Steigende Bildungsbeteiligung galt als Mittel der Wahl für soziale und politische Integration. Weniger die Nachfrage der Wirtschaft nach besser qualifizierten Arbeitskräften als ein tief in der Gesellschaft verankerter Aufstiegszwillen und Teilhabeforderungen sozialer, religiöser und ethnischer Gruppen trieben das amerikanische Bildungswesen seit Ende des 19. Jahrhunderts auf einen steilen Expansionskurs. Bildung wurde ein nationales Projekt, doch im Unterschied zu Europa kein vor allem vom Staat betriebenes. Die Bundesregierung tat und tut sich schwer damit, eine Rolle darin zu finden. Eine komplizierte Gemengelage aus privaten Initiativen und zersplitterter öffentlicher Verantwortlichkeit, die bei den Gemeinden als Schulträgern beginnt, 50 Staaten unterschiedlicher Finanzkraft und politischer Couleur sowie irgendwie auch den Bund einschließt, hat das Bildungswesen der USA zu einem verwirrenden Flickenteppich aus Versatzstücken unterschiedlicher Größe und Form, Materialien und Farbe werden lassen.

Föderalismus als Bildungsblockade?

Eine Abstimmung, ein verbindliches Regelwerk und einen Finanzausgleich zwischen den 50 Einzelstaaten gibt es nicht. Von einem Bildungssystem kann eigentlich gar keine Rede sein. Die Organisationsform und Ausstattung der öffentlichen Schulen und Hochschulen, deren Prioritäten, Leistungen und Ansprüche sowie die Einstellungsvoraussetzungen und Gehälter für Lehrer variieren von Staat zu Staat und von Einrichtung zu Einrichtung. Für das *High School Diploma* nach der 12. Klasse gelten zwar landesweite Mindestanforderungen, allerdings so niedrige, dass man genau hinschauen muss, an welcher Schule, mit welchen Kursen und welchen Noten es erwor-

ben wurde, um den Wert dieses Regelschulabschlusses beurteilen zu können. Etwa 12 % aller Schüler besuchen Privatschulen, darunter viele religiös ausgerichtet und einige elitäre *prep schools*, und weitere 2 % (Tendenz steigend) erhalten *home schooling* durch ihre Eltern. Private Schulen bekommen keinerlei staatliche Zuschüsse, sondern finanzieren sich allein aus Gebühren und Spenden. Öffentliche Schulen wiederum beziehen den Großteil ihrer Mittel aus der Grundsteuer, welche die Städte und Gemeinden von ihren Einwohnern erheben und die sich nach dem Wert der Häuser richtet. Wohlhabende Orte können sich damit deutlich besser ausgestattete Schulen und höhere Lehrergehälter leisten als arme. Das hat gravierende Folgen: Wenn die Aufwendungen pro Schüler um den Faktor 3,5 variieren, zeigt sich das eben nicht nur im äußeren Erscheinungsbild der Schulen, sondern auch und gerade in deren Leistungen. Den Teufelskreis von materieller Armut und Bildungsarmut aufzubrechen, haben sich neben zahllosen Bürgerrechtlern und privaten Stiftungen auch einzelne Staaten und Präsidenten immer wieder vorgenommen. Doch trotz zusätzlicher Ressourcen, immer neuer Bildungsoffensiven und Reforminitiativen sowie vieler lokaler Erfolge sind die Abstände zwischen armen und reichen Schulbezirken und die messbaren Leistungsunterschiede zwischen Kindern aus verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen nicht etwa kleiner, sondern deutlich größer geworden. Klare Verlierer im nationalen Bildungsrennen sind Männer aus der schwarzen Unterschicht deprivierter Großstädte, strahlende Gewinner jedoch nicht die verwöhnten Sprösslinge der weißen, protestantischen Oberschicht, sondern leistungsstarke Jugendliche aus asiatischen Herkunftsfamilien, die heute den fabelhaften Bildungsaufstieg jüdischer Amerikaner im 20. Jahrhundert zu wiederholen scheinen.

Hinter der irritierenden Unübersichtlichkeit, den vielen Baustellen und Schwä-

chen des amerikanischen Schul- und Hochschulwesens verbirgt sich allerdings eine hohe soziale Inklusion: Für jeden Geschmack, jeden Wunsch und jeden Geldbeutel hat es etwas Passendes im Angebot – wenn nicht hier, dann eben dort, im öffentlichen Bereich oder im privaten. Niemand verlangt, der Staat solle durch gesetzliche Vorgaben für gleichwertige Abschlüsse sorgen. Zwar drängt der Bund auf mehr Transparenz in den Programmen und Leistungen der Bildungseinrichtungen. An deren Vielfalt will er jedoch nicht rütteln, denn sie gilt als Grundlage für die schließlich doch sehr hohe Leistungsfähigkeit des amerikanischen Bildungswesens, seine große Dynamik und Offenheit. Nur eines ist überall einheitlich: Die Gliederung des Schulwesens ausschließlich nach Schulstufen. Eine frühe Einweisung der Schüler in verschiedene Schulformen widerspräche den demokratischen und meritokratischen Idealen des Gemeinwesens. Eine intern stark differenzierte Gesamtschule

ist deshalb die Norm – übrigens ist diese Differenzierung auch ein Grund dafür, warum viele Highschools, die die neunte bis zwölfte Jahrgangsstufe umfassen, sehr groß sind.

Etwa 85 % der Amerikaner beenden die 12-jährige Schulzeit mit dem *High School Diploma*. Knapp 40 % eines Altersjahrgangs erwerben einen Hochschulabschluss, womit die USA in den OECD-Statistiken immer noch ein Spitzenreiter sind. In diese Quote gehen allerdings auch Ausbildungsgänge ein, die in Deutschland nicht zum Hochschulbereich zählen. Mit einem Bachelor-Titel, der in Amerika nach einem vierjährigen Studium erworben wird, schmücken sich 27,6 % der erwachsenen Bevölkerung. Etwa ein Viertel der College-Absolventen studiert weiter – sei es für einen Mastergrad oder Dokortitel, sei es Medizin oder Jura, die man in den USA nicht grundständig, sondern nur nach dem Bachelor studieren kann. Obwohl private Hochschulen im Schnitt inzwischen

25.000 Dollar und staatliche mehr als 6.000 Dollar pro Jahr an Gebühren verlangen, gibt es relativ zur Bevölkerung anderthalb mal so viele Studenten wie in Deutschland.

»Race to the top«

Trotz vieler Schwächen des »Systems« und hartnäckiger Bildungsungleichheiten ist das Bildungsversprechen in den USA heute lebendiger als je zuvor. Von klein auf bekommen Kinder eingebläut, dass zwischen Bildung und Lebenschancen ein enger Zusammenhang besteht, dass mehr Bildung bessere Gesundheit, berufliche Chancen und Verdienstmöglichkeiten, ein längeres Leben und größeres persönliches Wohlbefinden bringt. Wo der Sozialstaat europäischer Prägung durch Umverteilung, Transferleistungen und Interventionen Wohlfahrt sichern und Lebensrisiken nachlaufend abfedern will, setzt man in der Neuen Welt auf die privaten wie öffentlichen Renditen von Bildungsinvestitionen.

Der Stellenwert von Bildung drückt sich auch darin aus, wie viel sie einem Land wert ist: In Deutschland sind das etwa 4,8 % des BIP, in den USA 7,4 %, fast ein Drittel davon private Mittel. Selbst das öffentliche Schulwesen lässt man sich dort mit 3,7 % deutlich mehr kosten als hierzulande mit 2,7 %. Mangelndes Geld ist also kaum die Ursache für die eklatanten Defizite und Schwachstellen der neuen Bildungswelt. Zu diesen zählen an erster Stelle die hartnäckige Ungleichheit der Rassen, die sich in den erschreckend hohen Schulabbruchsquoten und geringen Punktzahlen farbiger Kinder in den standardisierten Tests zeigt, niedrige Studienerfolgsquoten (nur 65 % der Studierenden haben sechs Jahre nach Studienbeginn den Bachelor erworben) und explodierende Studiengebühren. Mit einem hochprozentigen Cocktail aus Anreizen und Drohungen, staatlichem Zwang und Markttransparenz wollte das *No Child Left*

Behind-Gesetz von 2002 den größten Missständen in der schulischen Bildung abhelfen: Alle Schüler sollten regelmäßig standardisierte Tests ablegen, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Schneidet eine Schule besonders schlecht ab, wird sie verwarnt. Zeichnet sich über mehrere Jahre keine Tendenz zur Besserung ab, kann sie geschlossen werden. Schüler solcher Schulen haben das Recht, auf eine andere zu wechseln, wofür der Staat die Transportkosten übernimmt.

Die Bilanz dieses ehrgeizigen Projektes, das einen umstrittenen Kompetenzzuwachs des Bundes in der Bildungspolitik beinhaltet, ist höchst zwiespältig. Verbesserungen bei der Ressourcenausstattung, in den Qualifikationsanforderungen für Lehrer und beim Monitoring der Schulen konnten eine weiter wachsende soziale Spreizung in den Leistungstests nicht verhindern. Nicht zuletzt deshalb machte Präsident Obama Bildung zu einer der innenpolitischen Prioritäten seiner Regierung. Dabei geht es nicht nur darum, den Hochschulzugang auszuweiten und das Studium finanziell erschwinglich zu halten, sondern vor allem um eine Offensive gegen die wachsende Kluft zwischen den Bildungsaspirationen und -leistungen verschiedener sozialer Gruppen und Regionen. Das Budget für 2010 weist unter dem Titel »Race to the Top« 3,4 Milliarden Dollar für die Förderung der schulischen Bildung in solchen Staaten aus, die sich zur Einführung einheitlicher Bildungsstandards in Englisch und Mathematik und entsprechender jährlicher Tests verpflichten. Ende Juli hatten sich mehr als 30 dazu bereit erklärt und weitere 15 ihre Zustimmung in Aussicht gestellt. Angesichts der langen Tradition lokaler Kontrolle über Curricula und die Arbeit der Schulen gleicht das einer Revolution. Ob sie allerdings nur signalisiert, wie stark der Problemdruck inzwischen geworden ist, oder den Beginn einer prosperierenden Bildungsrepublik USA markiert, bleibt abzuwarten.